

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Planung und Abwicklung von Bau- und Infrastrukturmaßnahmen aus einer Hand sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Zuständigkeiten für Bau- und Infrastrukturmaßnahmen sind im Saarland verteilt auf verschiedene Ministerien: So ist das Innenministerium zuständig für Landesplanung, die Städtebauförderung und die Bau-Aufsicht, das Finanzministerium ist verantwortlich für den Hochbau, den Hochschulbau sowie die Wohnungsbauförderung, für den Straßenbau ist wiederum das Wirtschaftsministerium zuständig und der Breitbandausbau ist in der Staatskanzlei angesiedelt.

Auf diesen Missstand weist auch die Architektenkammer des Saarlandes hin. Ein Bau-Antrag müsse im Genehmigungsverfahren mit bis zu fünf verschiedenen Ministerien abgestimmt werden. Die Folge sei, dass bis zur Genehmigung bis zu anderthalb Jahre vergingen. Laut des Präsidenten der Architektenkammer des Saarlandes, Alexander Schwehm, sei das ein Wirtschaftshemmnis und berge die Gefahr der Abwanderung von Investoren in andere Bundesländer.

Aus Sicht des Landtages des Saarlandes ist hier ist eine Behördenreform von Nöten, die diese Verteilung der Zuständigkeiten auflöst und eine Planung und Abwicklung von Bau- und Infrastrukturmaßnahmen aus einer Hand sicherstellt.

Deshalb fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf:

- die Zuständigkeiten für Bau- und Infrastrukturmaßnahmen in einem Ministerium zu bündeln.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.